

Annoncen.
Annahme-Bureaus:
1) Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissand,
in Breslau bei Emil Habath.

Annoncen.
Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Hanke & Co. —
Gartenstein & Vogler, —
Rudolph Ilse, —
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Juvalideum.“

Posener Zeitung.

Neun und siebzehnten Jahrgang.

Nr. 401.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierthalbjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Montag, 12. Juni
(erscheint täglich drei Mal.)

Zwischen 10 bis 12 Uhr erscheint die gesamte Seite über dem Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, und die Expedition zu leisten und werden für die aus folgenden Zeiten Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 11. Juni. Der König hat dem Geh. Rechnungs-Rath Weigt bei der Seehandlung den R. Adr.-Ord. 3. Kl. mit der Schleife, dem Rech.-Rath und Kreis-Steuereinnehmer Höne zu Merseburg den R. Adr.-Ord. 3. Kl., dem Vorsitzenden der Königl. Direktion der Niederschl.-Märk. Eisenbahn, Geh. Reg.-Rath Pape hier selbst; dem Vorsitzenden der Königl. Eisenbahndirektion zu Trier, Geh. Reg.-Rath Jonas und dem Vorsitzenden der Königl. Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M., Geh. Reg.-Rath Redlich, den Rang eines Rathes 3. Kl. verliehen.

Die bish. Obersöster-Kandidaten Gümbel zu Bolchen, Kühn zu Straßburg und Seybold zu Masmünster sind zu kaiserlichen Oberförstern in Elsaß-Lothringen ernannt worden.

Der bish. Gymnasial-Oberlehrer und kommiss. Kreis-Schulinspektor Dr. Victorin Straubinger in Hechingen ist zum Kreis-Schulinspektor im Reg.-Bez. Sigmaringen ernannt worden.

Zur orientalischen Frage

liegen uns folgende Depeschen vor:

London, 9. Juni. Im Unterhause erklärte der Premierminister Disraeli auf eine Anfrage Hartington's betreffend die Vorlage der auf die orientalische Frage bezüglichen Altenstücke Folgendes:

Die englische Regierung wolle zwar keine unnötige Zurückhaltung beobachten und sei der Mittheilung der betreffenden Altenstücke nicht entgegen, es seien indessen Interessen vorhanden, die höher ständen, als die erklärlichen Wünsche des Hauses und die Ansichten des Ministeriums und da es sich bei diesen Interessen um die Aufrechterhaltung des Friedens handle, so werde das hohe Haus nicht auf Mittheilung der Dokumente bestehen. Indessen sei er bereit, jede mögliche Aufklärung zu geben. Vor Kurzem habe er die Hoffnung ausgesprochen, daß das auf der Berliner Konferenz vereinbarte Memorandum der türkischen Regierung nicht mehr mitgetheilt werden, heute glaube er vollkommen in der Lage zu sein, zu erklären, daß das Memorandum zurückgezogen sei, da es nach seiner Meinung auf unbestimmt (sine die) vertagt worden sei. Ohne Zweifel erklärten die jüngsten eingreifenden Ereignisse in Konstantinopel im Großen und Ganzen die Zurücknahme des Memorandums, da die Pforte Schritte gethan habe, welche mehr als ein Ende der wichtigsten in dem Memorandum verlangten Punkte antworten hätten. Die Pforte selber habe aus freien Stücken einen Waffenstillstand angeboten und dies allein werde ein hinreichender Grund sein für den Aufschub, den man hinsichtlich der Überreichung der Note habe eintreten lassen. Die Regierung Englands, dieses diplomatische Altenstück zu sanktionieren, sei von keiner der Großmächte in unfreundlichem Sinne aufgegriffen worden. Im Gegenteil hätten die Mächte ihr großes Bedauern darüber ausgesprochen und den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die englische Regierung ihre Entscheidung nochmals in Erwägung ziehen möchte. Es gäbe mehr als einen Punkt, in Betreff dessen England in Gemeinschaft mit den übrigen Großmächten handele und, wie er hoffe, mit Erfolg. Die englische Regierung habe mit den übrigen Mächten konkurriert, oder man könne vielmehr sagen, die übrigen Mächte hätten mit England konkurriert. Auf alle Fälle bestiehe zwischen allen Großmächten ein vollkommenes Einvernehmen darüber, daß man keine unangemessene Pression auf den neuen Sultan ausüben dürfe, sondern daß man seinen Rathgebern Zeit geben müsse, ihre Maßregeln und die Politik, die sie sich als Ziel gesetzt hätten, zur Reife zu bringen. Außerdem habe England die Vorstellungen Österreichs, Frankreichs, Russlands bei der serbischen Regierung unterstützt (vgl. unten), um dieselbe auf die Wichtigkeit eines gemäßigten Verhältnisses aufmerksam zu machen, er hoffe, daß diese Rathschläge zur Mäßigung nicht ohne Erfolg bleiben würden. Ein dritter Punkt, über welchen die Großmächte in gleichartiger Weise gehandelt hätten, wäre die Frage einer sofortigen Anerkennung des Sultans ohne die Verzögerungen, welche durch die Beobachtung der herkömmlichen Einführungserfragen herbeigeführt würden. Die Kredite des englischen Botschafters in Konstantinopel, Elliott, würden heute demselben übertragen werden. Die Anerkennung des Sultans sei nicht auf die großen Mächte beschränkt geblieben. Alle der Pforte unterhängen religiösen Sektoren und Volksstämmen hätten sich für ihn erklärt. Die Glückwünsche, welche die Spitzen aller christlichen Gemeinden an den Sultan gerichtet hätten, könnten nur den Einfluss derer vermeiden, welche bei den Insurgenten im Sinne der Herstellung des Friedens im Reich wirkten. Disraeli erklärte sodann, daß der von wiener Journals mit seiner Unterschrift publizierte Brief, in welchem die europäische Lage und die Politik Englands erörtert wird, und in welchem der befürworteten Großmächte in unehrerbietiger Weise Erwähnung gethan wird, ein Falsifikat sei. Der Minister bemerkte am Schluß seiner Rede, daß die Mittheilung der auf die orientalische Frage bezüglichen Korrespondenz verzögert würde durch den Wunsch, das gute Einvernehmen der Mächte aufrecht zu erhalten, mit denen England erfolgreich zusammenwirke.

Konstantinopel 8. Juni. Das Reformprogramm der neuen Regierung lautet nach dem „Pester Lloyd“ wie folgt:

1) Das ganze Reich erhält eine Repräsentativ-Versammlung, aber diese wird sich vorläufig von der europäischen Schablone ganz entfernen. Der Duraj-Schvetz (der „Große Rath“) wird aus Repräsentanten aller Provinzen bestehen, die aus allen Konfessionen je drei Notabeln entstehen werden. Zuerst bloß Beratungskörper, wird der selbe allmälig in eine gesetzgebende Versammlung verwandelt werden, deren Präsident von der Krone ernannt wird. Zu dieser Stelle soll Midhat Pascha ausersehen sein. 2) Die infurirten Provinzen werden alle jene Reformen erhalten, die Sultan Aziz nach Annahme der Andraßyschen Note genehmigte. Murad wird den Insurgenten Amnestie gewähren. Legen die Insurgenten die Waffen nicht nieder, dann soll das Schwert entscheiden. 3) Man wird eine lokale Neutralität von Serben und Montenegro verlangen und für die unverbrüderliche Beobachtung derselben Garantien fordern. Falls die Fürsten Milan und Nikita solche gewähren, wird man die Truppen aus Niš und Podgorica zurückziehen. Widergenfalls wird die Pforte eine außerordentliche Aushebung von 200,000 Soldaten veranstalten, um die Rechnung mit den Basallen zu regeln. 4) Alle Ministerien werden reorganisiert. 5) Die Finanzen sollen von Grund aus reorganisiert werden. Das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen soll hergestellt werden. Alles sei aufzubieten, um nach vier Jahren die Binnenzahlung aufzunehmen zu können. 6) Die Gerichte sollen ganz nach europäischem Muster organisiert werden, in denen Christen wie Türken das Recht sprechen werden.

Wien, 10. Juni. Von der „Politischen Korrespondenz“ wird in einem authentischen telegraphischen Berichte aus Belgrad von heute gemeldet, die Vertreter sämlicher Mächte hätten in den letzten Tagen ihre Bemühungen vereinigt, um dem Fürsten Milan und seiner Regierung die volle Verantwortlichkeit für eine eventuelle Störung des Friedens klar zu machen. Eine besonders nachdrückliche Sprache habe der Vertreter Russlands, Staatsrath Duvaloff, geführt und es sei nicht daran zu zweifeln, daß die serbische Antwort auf die genächtigt gehaltene, am 6. d. M. in Belgrad eingetroffene Anfrage der Türkei bezüglich der von Serbien vorgenommenen Rüstungen beruhigend ausfallen werde.

Belgrad, 10. Juni. Die Aussforderung des Großvezirs an den Fürsten von Serbien zur Aufklärung über die serbischen Rüstungen lautet in ihren wesentlichen Theilen:

Die Versicherungen, welche von Ew. Hoheit gegeben waren, hatten die Befürchtungen befeitigt, welche bei der hohen Pforte durch die bedeutenden Rüstungen Serbiens hervorgerufen waren. Indes werden diese Rüstungen noch immer in großem Maßstabe fortgesetzt und die serbische Armee ist bereit, in das Feld zu rücken. Die türkische Regierung kann gegenüber einem Stande der Dinge, welcher der Ruhe in ihren Provinzen um so weniger förderlich ist, als die Streifzüge der Serben die Aufregung vermehren, nicht in Gleichgültigkeit verharren. Se. Majestät der Sultan hat in Erwägung der Lage und ausgehend von der Absicht, unvermindert die guten Beziehungen zu der fürstlichen Regierung aufrecht zu erhalten, mich beauftragt, mich offiziell an Ew. Hoheit zu wenden, um Sie um offene, genaue und direkte Aufklärungen über den Grund und das bestimmte Ziel der erwähnten Rüstungen zu ersuchen.“

Konstantinopel, 10. Juni. Die serbische Regierung hebt in ihrer Antwort auf die Anfrage der Pforte, betreffend die in Serbien vorgenommenen Rüstungen ihre friedlichen Intentionen hervor und erklärt, daß sie nichts gegen die Integrität des ottomanischen Reichs unternehmen werde. Die serbische Regierung wird einen Spezialgutachten hierher senden, um weitere Aufklärungen zur Befestigung des guten Einvernehmens mit der Pforte zu geben.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 11. Juni.

— Graf Harry v. Arnim ist, wie die „Post“ erfährt, am 4. d. M. mit seinem Sohn in Nagas zu längerem Aufenthalt eingetroffen.

Paris, 8. Juni. Die Debatte über die Unterrichtsfreiheit in der Deputirtenkammer hat gestern, wie vorauszusehn, mit einem entschiedenen Siege der Regierung ihren Abschluß gefunden; das Gesetz wurde in zweiter Lesung mit 388 gegen 128 Stimmen angenommen. Somit wäre, falls der Senat zustimmt, die gemischte Jury, welche aus Professoren der Fakultäten der Staates und der freien Universitäten zusammengesetzt, die Studirenden der letzteren hätte prüfen sollen, befeitigt, noch ehe sie in Wirksamkeit getreten ist, und wären die bischöflichen Universitäten der wesentlichsten „Freiheit“ beraubt, Lizentiaten- und Doktoren-Titel zu vertheilen. Nachstehend der Bericht über den letzten Tag dieser Diskussion:

Versailles, 7. Juni. Hr. Naoul Duval entwidelt sein in der gestrigen Sitzung gefestigte Amendement, wonach die wissenschaftlichen Grade und Diplome vom Unterrichtsminister auf Grund eines Zeugnisses verliehen werden, das eine vom Unterrichtsminister ernannte Prüfungskommission ausgestellt hat. Nedner versichert, daß sogar die Vertheidiger der Regierungsvorlage zugeben, daß das vorliegende Amendement viel Gutes an sich habe. Es vertrage sich nicht mit der wahren Unterrichtsfreiheit, daß der Staat das unbeschränkte Recht der Gradeverleihung besitze. Man könne unmöglich behaupten, daß die Staatsprofessoren, wie unparteiisch sie auch jetzt sein möchten, die Tugend auch für alle zukünftigen Zeiten inne haben würden. Waren sie aber ganz über alle Anslüsse der Parteilichkeit erhaben, so würde nichts desto weniger ihre moralische Autorität dadurch geschmälert sein, daß sie gleichzeitig leben und prüfen sollen. Es hande sich dabei nicht um einen kleinen Zwist zwischen Kirche und Staat; es hande sich darum, die Rechte und das Prestige beider zu wahren. (Beifall rechts.) Das intellektuelle Patrimonium Frankreichs müsse unangetastet bleiben und die Liebe für das Vaterland über alle Parteidifferenzen gestellt werden. Nedner ergreift die Gelegenheit, die ihm sein Streifzug auf das Feld politischer Betrachtungen bietet, um sich von der kompromittierenden Parteigefellschaft der Cassagnacs als getrennt zu erklären, worauf Herr v. Cassagnac erwidert, daß es ihm gestattet gewesen sei, als Katholik zu sprechen, während Herr Naoul Duval als Protestant das Wort genommen habe. Herr Naoul Duval entgegnet, daß es sich hier weder um protestantische noch katholische Interessen handle, sondern um das Interesse der französischen Nation. Als ersten handle, sondern um das Interesse der französischen Nation. Als Franzose plädiere er für den freien Unterricht und für sein Amendement. (Beifall rechts und im Zentrum.) Herr Barni bekämpft das Amendement. Er bestreitet, daß es die von Borredan betonte gute Wirkung bezüglich der Unparteilichkeit der Prüfungskommissionen haben werde. Unparteilicher als die bestehenden Prüfungskommissionen würde sich kaum eine herstellen lassen, und verdächtiger könnte man jede, auch die von Herrn Duval vorgeschlagene.“ Auf eine vom Vorredner gestellte Frage, „was Herr Barni unter „Klerikalem Geist“ verstehe“, erwidert Herr Barni, daß es eine Religion gebe, die tröstet, stärkt und erbar sei; daß es aber auch eine Religion der Verfolgung gebe, des Fanatismus und der Intoleranz, die verachtenswert sei. Dies sei die Untertheilung, die er zwischen religiösem und klerikalem Geiste mache. (Beifall links.) Es erhält Unterrichtsminister Waddington das Wort. Er erklärt, daß er das Geschenk, das ihm das Duval'sche Amendement mache, rund zurückweise. Wenn man ernsthafte Prüfungen einführen wolle, so dürfe man weder dem Unterrichtsminister noch der Administration das Recht der Auswahl der Prüfungskommissionen anheimgehen. Mit dem Duval'schen System würde man dahin kommen, daß es nicht eine Staatsdoktrin, aber eine ministerielle Doktrin gebe. Ein Minister würde sich wohl oder übel bei der Auswahl der Prüfungskommissionen politische Fragen zu stellen haben, und die Politik sollte doch beim Lehrwesen ganz bei Seiten geblieben werden. Was Herr Duval über den Werth der Prüfungen verschiedener Fakultäten gesagt, sei nicht ganz unrichtig. Es wäre

vielleicht zu wünschen, daß die Fakultäten sich zu einigen großen Jurys gruppieren, oder daß man denselben die alljährlichen Prüfungen, die keine Gnadenverleihung mit sich bringen, überlässe. Er werde dafür sorgen, daß der höhere Unterrichtsrath den Duval'schen Gedanken prüfe; sein Amendement müßt aber verworfen werden. Dasselbe wird mit 363 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Herr Rouher führt nun aus, daß es wohl nicht möglich wäre, den Text der Vorlage unverändert anzunehmen. In derselben sollte Art. 13 des Gesetzes von 1875 durch folgenden Paragraphen ersetzt werden: „Die Examina und vorbereitenden Prüfungen, die die Verleihung der Grade nach sich ziehen, können nur von den Staatsfakultäten bestanden werden.“ Nach Nedners Ausführungen wäre ein Widerspruch zwischen diesem Text und den soeben gegebenen Erklärungen des Unterrichtsministers. „Das ministerielle Projekt — erklärt Nedner — nimmt nur Bezug auf die Verleihung der wissenschaftlichen Grade bei den definitiven Prüfungen. Hierauf werden die an Stelle der Art. 13, 14 und 15 des Gesetzes vom Juli 1875 zu stellenden neuen Artikel der Reihe nach angenommen, sowie das ganze Gesetz mit 388 gegen 128 Stimmen.“

Die alkatholische Synode in Bonn.

Die zweite Sitzung der alkatholischen Synode wurde am 7. d. um 4 Uhr von dem Bischof Neinkens eröffnet. Geh. Rath v. Schulte erstattete Bericht über die Anträge bezüglich der Bölibatsfrage. In der Debatte über diese Frage wurden prinzipiell divergirende Meinungen geltend gemacht. Einzelne Redner hielten die Aufhebung des Bölibatsgeges für angezeigt, während sie den freiwilligen Bölibat als verdienstvoll anerkannten. Andere hielten die Aufhebung für inopportun; Andere wieder erklärten sich aus inneren Gründen für die Aufrechthaltung des Gesetzes.

In der dritten Sitzung am 8. d. wurde die Debatte über die Bölibatsfrage fortgesetzt. Der Vorschlag der Repräsentanz, über alle diese Frage betreffenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen, wurde mit allen gegen 8 Stimmen angenommen; ebenso mit großer Majorität, daß es der Repräsentanz überlassen werde, wann die Frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt werde, und daß ebenso wie die Verheirathung selbstverständlich auch die Verlobung eines Geistlichen unstatthaft sei. Dagegen wurde der Antrag angenommen, daß die kirchliche Einsegnung einer Ehe, welche ein Geistlicher nach Aufgebung seiner geistlichen Thätigkeit vor dem Standesbeamten abgeschlossen habe, nicht zu beanstanden sei. Weiter wurde der Antrag angenommen, daß der Repräsentanz die Erwähnung anheimgegeben werde, für die Ausarbeitung eines neuen, mehrere Perikopen für die Sonn- und Feiertage darbietenden Epistel- und Evangelienbuches zu sorgen. Sodann wurde die durch eingegangene Anfragen hervorgerufene Vorlage der Repräsentanz bezüglich kirchlicher Prozessionen angenommen, dahin lautend, daß Professoren, wie immer man über deren religiösen Werth denken möge, außerhalb der kirchlichen Gebäude an vielen Orten aus inneren und äußeren Gründen nicht mehr zeitgemäß seien, daß darum in alkatholischen Gemeinden keine neuen Prozessionen eingeführt, aber über Abstellung herkömmlicher Prozessionen oder über Änderungen, welche auf Beseitigung von Missbräuchen gerichtet sind, an die Repräsentanz berichtet werden solle. Ein Antrag auf Abschaffung der speziellen Kinderbeichte wurde mit großer Majorität abgelehnt. Dann wurden die durch die preußischen Kirchengesetze vom 9. November und vom 20. Juni 1875 nötig gewordenen Abweichungen von der Synodal- und Gemeindeordnung, bezüglich die Bildung und Funktionen der Kirchenvorstände, gemäß den provisorischen Anträgen der Repräsentanz festgestellt. Ein Antrag bezüglich der Form der Gemeindemahlen wurde abgelehnt. Ebenso andere Anträge, betreffend die Bildung einer Synodalklasse. Desgleichen der Antrag, die einleitenden Schritte zu thun zur Wahl von noch zwei Bischöfen.

In der vierten Sitzung am 8. d. wurde die Vorlage der Repräsentanz, betreffend die Bildung kirchlicher Bezirksvereine, angenommen, dagegen ein von Heidelberg aus gegangener Antrag bezüglich derselben Gegenstandes der Erwähnung der Repräsentanz dringend empfohlen. Ein Antrag, in Zukunft die Verhandlungen der Synode zu stenographiren, der Repräsentanz, beziehungsweise der Synode zu überlassen, die stenographirten Verhandlungen ganz oder theilweise zu veröffentlichen, und auch jedem Nedner die Veröffentlichung der von ihm gehaltenen Reden zu gestatten, wurde angenommen. Bei den Wahlen wurde das aus der Repräsentanz statutenmäßig ausscheidende Mitglied Prof. Langen wiedergewählt, und an Stelle des verstorbenen Sanitätsraths Hasenclever, Oberbergrath Brockhoff gewählt. Die ausscheidenden außerordentlichen Mitglieder Prof. Michelis, Prof. Friedrich, Prof. Cornelius, Oberbürgermeister Malsch wurden wiedergewählt, ebenso die vorjährigen Synodal-Examinateuren. Um 7½ Uhr schloß der Bischof die Synode, indem er der Freude Ausdruck gab, über die Eintracht, mit welcher die Beschlüsse, selbst solche über die schwierigsten Fragen, gefaßt wurden.

Die vorstehenden Notizen sind der „Bonn. Ztg.“ entnommen. Die „Köln. Ztg.“ bringt einen Artikel, welcher dieselben ergänzt und die betreffenden Beschlüsse von offenbar alkatholischer Seite beleuchtet. Er lautet:

Die Verhandlungen der alkatholischen dritten Synode nehmen die Aufmerksamkeit vorzüglich darum in Anspruch, weil die Abschaffung des Geistlichen durch Gesetz auferlegten Bölibats auf der Tagesordnung als der wichtigste Punkt stand. Wir ersehen aus den an die Mitglieder vertheilten gedruckten Anträgen, daß von etwa 20 Gemeinden und 17 Geistlichen Anträge auf dessen Abschaffung gestellt waren, die von verschiedensten Gründen ausgehend, mit einer einzigen Ausnahme, deren prinzipielle Verwerfung wünschen und mit wenigen Ausnahmen auch die sofortige praktische Abschaffung. Die Synode des Jahres 1875 hatte beschlossen: „Die praktische Frage, ob verheirathete Geistliche als Seelsorger in alkatholischen Gemeinden

sollen fungieren dürfen, ist, so lange die gegenwärtigen Verhältnisse nicht wesentlich verändert sind, zu verneinen.“ In diesem Beschluss darf jeder unbefangene Leser die prinzipielle Verwerfung des Zölibatszwanges erblicken, weil nur unter dieser Voraussetzung die Lösung der praktischen Frage überhaupt aufgeworfen werden kann. Es war vorauszusehen, daß die Anträge würden erneuert werden. Die betreffende Schrift des Geheimraths v. Schulte gab für dieselben einen neuen Halt. Gegen die in dieser Broschüre vorgelegten Beiträge erklärten sich in so fern selbst die Zölibatsfreunde, als sie, wenn überhaupt eine Aufhebung zulässig sei, dann eine unbedingte verlangten, was dem Verfasser kaum unterstellt sein dürfte. Von den hervorragenderen Geistlichen liegen sich im bonner „Theol. Literaturblatt“ und im „Deutschen Merkur“ drei vernehmen; das zuletzt genannte Blatt trat überhaupt wie es scheint unter Döllinger's Einflusse, schroff gegen die angeblichen „Zölibatstürmer“ auf, um, wie das in der Welt zu gehen pflegt, die Freunde der Aufhebung zu vernichten. Die Synodal-Repräsentanz stellte durch den Referenten (v. Schulte) den Antrag: über alle das Zölibatgesetz betreffenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen; der Synodal-Repräsentanz zu überlassen, die Frage wieder auf die Tagesordnung zu setzen, sobald sie eine Entscheidung derselben nach den auf der ersten Synode angenommenen Grundsätzen über Reformen im Allgemeinen für möglich hält; die Verblobung von fungirenden Geistlichen für unzulässig zu erklären; die Synodal-Repräsentanz zu ernächtigen, vorbehaltlosen Falles altkatholischen Seelsorgern zu erlauben, eine Ehe kirchlich einzusegnen, welche ein altkatholischer Priester nach Auflösung seiner geistlichen Tätigkeit vor dem Standesbeamten geschlossen hat. In diesen Anträgen dürfte man das Resultat von Kompromissen sehen, dem praktischen Bestreben entspringen, Beschlüsse zu verbüten, welche geeignet sein können, einen Zwiespalt herbeizuführen. Die Anschaunng von der Nothwendigkeit oder Tresslichkeit des Zölibats wußt noch zu tief, die Befürchtung, eine sofortige Aufhebung könne schwere Nachtheile herbeiführen, ist zu mächtig, die praktischen Schwierigkeiten noch zu groß, um sofortiger Aufhebung das Wort zu reden. Durch den Beschluss, in keiner Art die Trauung von nicht mehr fungirenden Geistlichen zu beanstanden, ist auf den Einzelnen Rücksicht genommen. Man kann offenbar sagen, daß Leute, welche mit dem Bewußtsein, daß ihnen die Ehe versagt sei, geweiht würden, mehr nicht fordern können, als die Freiheit zum Aufgeben des Standes, in welchem sie sich unglücklich fühlen. Auch ist durch diesen Beschluss prinzipiell der Zwang verworfen und als maßgebend der Gesichtspunkt der Freiwilligkeit aufgestellt. Mit diesem wird sich Jeder einverstanden erklären. Eine sehr eingehende Diskussion hat nach unseren Berichten stattgefunden. Für die Anträge der Synodal-Repräsentanz traten außer dem Referenten mehrere Laien als Redner auf, z. B. Petri, Siefer aus Konstanz, von denen es bekannt ist, daß sie eben so entschiedene Gegner des Zölibats sind wie jener; gegen dieselben unter Bertheidigung des Zölibats verschwiegene Geistliche, in deren Deduktion zum Theil die Klarheit darüber vermischt wurde, worin das Verbrechen des erzwungenen Zölibats liegt. Für sofortige praktische Lösgung oder ausdrückliche grundsätzliche Verwerfung traten außer einigen Laien mehrere Geistliche auf, von denen eine selbstsichtige Absicht Niemand vermutet und deren einer mit schneidiger Dialektik zeigte, wenn das wahr sei, was ein von Bonn aus in den „Deutschen Merkur“ gebrachter Artikel behauptete: nach Aufhebung des Zwanges würden die Geistlichen regelmäßig alle heirathen, dann sei das Geetz gerichtet und die Opferwilligkeit nicht weit her. Der von der Synodal-Repräsentanz beantragte Uebergang zur Tagesordnung wurde angenommen in der augenscheinlichen Ueberzeugung, welche durch den Berichterstatter und verschiedene Redner hervorgerufen wurde, daß mehrere verdiente und an der Bewegung hervorragend beteiligte Geistliche für den Fall der Annahme anderer Anträge sich von der aktiven Beteiligung an der Leitung zurückziehen würden. Nicht minder fiel die nicht wegzuwegende Erstirze der praktischen Hindernisse in die Waagschale. So hat die Majorität den Beweis geliefert, daß sie im Stande ist, Opfer im Interesse des Wohles der Gesamtheit zu bringen. Eine Nothwendigkeit, das bestehende Recht überhaupt zu ändern, ist so sehr ins allgemeine Bewußtsein der Laien gekommen, daß die Dissidenten nicht zählen; auch bei den Geistlichen liegt die Sache nicht anders, und das Hauptmotiv des scharfen Widerstandes ist bei allen, die noch im heiratsfähigen Alter seien ideen, sicherlich die Furcht, man möge ultramontaner Inhalt zur Verdächtigung haben. Die Synode hat fast einstimmig (95 gegen 8 Stimmen) dem „Gewissen“ einer kleinen Zahl und den Anforderungen der Klugheit Rechnung getragen. Wer die Verhältnisse und Personen kennt, begreift das Opfer und muß zugeben, daß der Beschluss die Bürgschaft giebt, Überstürzung sei nie zu befürchten. Wir wünschen, daß sich die Hoffnungen aller erfüllen, die Synodalrepräsentanz werde der Frage unausgegesezte Aufmerksamkeit widmen und sie in nicht allzu langer Zeit auf die Tagesordnung setzen können zur abschließenden Erledigung. . Die bezüglich der Anträge auf sofortige teilweise Einführung der deutschen Sprache in der Mezzaluna beschlossene Ueberweisung an die Synodalrepräsentanz ist als besonders erfreulich zu bezeichnen. So lange ein Volk im wichtigsten Punkte des sozialen und individuellen Lebens, dem kirchlich-religiösen Gebiete, der Sprache Rom's sich bedient und seine eigene entbehren muß, ist der Ultramontanismus nicht für Jeden erschließlich antinational. Wir begrüßen darum im Geiste voller nationaler Emanzipation jeden Schritt der Art und hoffen, daß, wenn die Altkatoliken der deutschen Sprache in würdigen Formeln in der Liturgie ihren Platz werden eingeräumt haben, allmählich auch die Masse der noch unter ultramontaner Leitung befindlichen Katholiken einsehen lernen, es sei schöner und würdiger, Gott zu verehren in der Sprache des eigenen Herzens, in der man denkt und empfindet, als in einer Sprache, die höchstens dem imponiert, der sie nicht versteht, und in Formeln, welche vielfach, wenn sie genau überfest werden, auch dem einfachsten Manne als Wortgelingen erscheinen müssen. Mit gutem Takte lehnte die Synode ohne jegliche Erörterung mehrere Anträge ab, welche Aussprüche über politische, soziale und Schulfragen so wie die Gründung eines politischen Organs betrafen, einzige aus dem vom Referenten hervorgehobenen Grunde, weil die Synode mit dergleichen Dingen nichts zu thun habe.

Lokales und Provinzielles.

Posen 12. Juni.

Die sorgfältige Beachtung, welche wir den polnischen Angelegenheiten widmen, hat, wie vorauszusehen war, nicht nur unter den Deutschen unserer Provinz eine auf bessere Kenntnis der Verhältnisse gestützte mehr gleichartige Auffassung unserer polnischen Frage bewirkt, sondern auch in der auswärtigen Presse und in den parlamentarischen Körperschaften eine sachgemäße Beurtheilung zu Brüge gebracht. Einen neuen Beleg dafür liefert der Leiterstiel in dem Sonntagsblatte der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, welchen wir hier ohne Bemerkung aufnehmen wollen, nur um auf die erfreuliche Thatsache aufmerksam zu machen, daß wir Deutschen in Posen in dem Kampfe gegen den Polonismus heut nicht mehr von unsrer Landsleuten verlassen sind, wie früher. Die „Nordd. Allg. Z.“ in Berlin schreibt:

Der wiener „Neuen freien Presse“ (vom 7. d. M.) auf folge kursirt in Lemberg eine Adresse, welche den polnischen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhaus aus Anlaß ihrer Haltung bei der Diskussion des Sprachengesetzes übergeben werden soll. Wir wünschen lebhaft, daß diese Adresse wirklich zu Stande komme und von sich reden mache, bevor das Sprachengesetz in unserem Herrenhause berathen sein wird. Denn dann wäre zu hoffen, daß sich im Herrenhause ein Mitglied veranlaßt fände zu thun, was im Hause der Abgeordneten leider verabsäumt worden ist, nämlich einen Blick auf Galizien zu werfen, wo die Ruthenen unter einer Sprachenthranee der Polen leußen und

furischen, die weit ärger ist, als Alles, was aus vergangenen Zeiten mit Bezug auf Westpreußen im Abgeordnetenhaus in Erinnerung gebracht wurde. Wir hoffen, daß ein beredtes Mitglied des Herrenhauses, provoziert durch eine solche Adresse der polnischen Unterdrücker in Lemberg an die angeblich Unterdrückten in Berlin, das Material be nutzen werde, welches die „Posener Zeitung“ vom 12. und 28. Mai gehalten hat. Unter der Überschrift „Polen und Ruthenen“ hatte die „Posener Zeitung“ vom 12. v. M. die wahrhaft nichtswürdige Tyrannie, welche die Polen gegen die Ruthenen verüben mit einer Reihe von Thatsachen belegt. Der selbe „Dziennik Poznański“, der das Sprachengesetz als eine „Kainstät“ mit mafloser Leidenschaft angriß, billigt das Vorgehen seiner Landsleute in Galizien und fügt offen Hobn hinzu, indem er die gerechten Forderungen der Ruthenen als „lächerlich“ brandmarkt. Der selbe „Dziennik Poznański“ bezeichnete darauf die von der „Posener Ztg.“ beigebrachten Beweisthüte über die gefeindliche Verwaltung der Ruthenen durch die polnischen Machthaber in Galizien als „lächerlich und schamlos.“ Ja, dieses polnische Blatt versteig sich zu der wagtesten Ausierung: „Wie würden vor Allem die ehrlichen Ruthenen selbst herzlich über die Ausführung ihrer deutschen Freunde und Advokaten lächen!“ Dies setzt voraus, daß die „Posener Zeitung“ keinem ruthenischen Auge erreichbar wäre! Aber Ruthenen lajen das vorzüglich deutsche Blatt von Posen. Und das Organ der Ruthenen, das in Lemberg erscheinende Blatt „Slowo“, brachte den Artikel der „Posener Zeitung“ vom 12. v. M. in ruthenischer Übersetzung und schickte denselben eine Einleitung voraus, worin dem polnischen „Dziennik Poznański“ vorgewöhnt ward, daß er „die letzte Arbeit verfeigt“, welche die ruthenischen Abgeordneten der polnischen Majorität, ihren Unterdrückern, auf dem galizischen Landtage gezeigt haben. Der „Dziennik Poznański“ müsse doch aus eigener Erfahrung eines Organs der Thranen wissen, was es heißt, einer anderssprachigen Minorität ihre „heiligen angeborenen Rechte zu bestreiten“. Darauf eben glebt „Slowo“ den Artikel der „Posener Zeitung“ wieder, weil dieser am besten beweisen werde, daß nicht die deutsche Zeitung, sondern „Dziennik Poznański“ selbst den Kampf mit schamlosen Lügen führt.

Wenn die Blutsauger der Ruthenen in feierlicher Adresse den Landsleuten im preußischen Abgeordnetenhaus zustimmen, dann erwarten wir, daß ein Mitglied des Herrenhauses die Klagen und Beschwerden polnischer Mitglieder, woran es nicht fehlen wird, nach Lemberg drefstigt, wo die Polen alle Rechte der Ruthenen in raffinirter Herzlosigkeit mit tüten treten.

— Über den religiösen Unfug, welcher am zweiten Pfingstfeiertage bei dem Ablauf in Pieranie (Kreis Inowraclaw) verübt wurde, erhält die „Bromb. Ztg.“ von einem Augenzeugen, dem Sohne eines bromberger Handwerkers, der dort geschäftlich zu thun hatte und von der fanatisirten Menge ebenfalls gemitschandelt worden ist, noch Folgendes:

Als er von dem Tumulte in und vor der Kirche hörte, lief er auch dahin. Kaum stand er dort, so stürzte ein Mensch auf ihn zu mit der Frage, ob er katholisch oder evangelisch sei? Auf seine Antwort, daß er ein Katholik sei, wurde er weiter gefragt, ob deutsch oder polnisch? In seiner Angst, denn er sah sich plötzlich von einer drohenden Menschenmenge umringt, antwortete er, daß er polnisch sei. Damit war der Examinator noch nicht zufrieden; er redete unsern Landsmann polnisch an, und als dieser nicht geläufig in gleicher Weise antwortete, erhielt er einen Schlag ins Gesicht. Als ob dies ein Zeichen zu einem allgemeinen Angriff auf ihn gewesen sei, erhielt er jetzt von allen Seiten Schläge über den Kopf, so daß er fast besiegt und auf Boden flüchtete und, wie er selbst sagt, nur wie durch ein Wunder durch ihn fremde Personen gerettet worden sei. Er erzählte dann weiter, daß zwei Gutsbesitzer von zwei verschiedenen Wagen herab die Menge baranquerten, der eine dieselbe zur Ruhe ermahnte, der andere zu jenen Exzessen aufforderte. Er hat dann ferner gesehen, wie ein Geistlicher von einem Kerl an der Kehle gepackt und geschlagen wurde, während andere Personen sich an ersten herandrängten und ihm die Hände und den Saum des geistlichen Habits klitten. Der Gutsbesitzer, welcher die Menge zu dem Exzesse ermunterte, soll als intellektueller Urheber bereits verhaftet sein. Bei diesem Exzesse sind die Buden eines Böttchlers aus Bromberg und eines Cigarrenhändlers umgeworfen und die Waaren in Schmutz und Staub getreten worden.

r. Die Konferenz der Direktoren der Gymnasien und Realschulen in der Provinz Posen, welche am Mittwoch dieser Woche begonnen hatte, erreichte am Freitag ihr Ende; Sonnabend Vormittags versammelten sich die Direktoren in den Vormittagsstunden nochmals zur Unterzeichnung des Protolls. Der Oberpräsident Günther hat sämtlichen Sitzungen Vormittags beigewohnt; ebenso waren der Regierungspräsident Wegener und die übrigen Mitglieder des Provinzial-Schulkollegiums mehrmals anwesend. An einem Abende hatte der Oberpräsident sämtliche Mitglieder der Konferenz und die Mitglieder des Provinzial-Schulkollegiums zu einem geselligen Beisammensein in seiner Wohnung und dem dazu gehörigen schönen Garten vereinigt. Von den 6 Themen, welche auf der Tagesordnung der Konferenz standen, sind die vier ersten durch Auffstellung und Annahme bestimmter Thesen erledigt worden. Diese Themen lauten: Ueber Maß und Ziel häuslicher Arbeiten; die Schulstrafen; welche Grundsätze sind bei Ausstellung der Zensuren und bei den Versetzungen der Schüler resp. bei den Versetzungsprüfungen zur Geltung zu bringen? Durch welche Mittel sind die Schüler zu einer hindringlichen Fähigkeit des schriftlichen und mündlichen Ausdrucks im Deutschen anzuleiten?

r. Das Pfingstschiffchen, welches am zweiten Pfingstfeiertage begonnen hatte, erreichte am Sonnabende 6 Uhr Abends sein Ende. Jeder Schütze hat in üblicher Weise 6 Schüsse nach der Königsscheibe abgegeben, von denen der beste Schuß stets der entscheidende ist. Die Vermessung der Scheibe, welche Sonnabend Abends stattfand, ergab, daß den besten Schuß, welcher im Zentrum (Nr. 12), einen halben Zoll vom Stifte im Mittelpunkte der Scheibe saß, der Tapezierer Fischer abgegeben hatte, daß der nächste Schuß vom Steinzeugmeister Dry und der nächstfolgende vom Bauunternehmer Mögeln hervührte. Es wurden demnach am Sonntags proklamirt: als Schützenkönig der Tapezierer Fischer, welcher übrigens schon einmal Schützenkönig gewesen ist, als erster Ritter Steinzeugmeister Dry, als zweiter Ritter Bauunternehmer Mögeln. Der Schützenkönig erhält 300 M. und zwei silberne Eßlöffel, der erste Ritter 4 silberne Eßlöffel und eine silberne Medaille, der zweite Ritter 4 silberne Eßlöffel; außerdem kommt eine große Anzahl von Prämien zur Vertheilung. — Das Pfingstschiffchen war diesmal, abgegeben vom letzten Sonntage, an einem zwischen 5—6 Uhr Abends ein Gewitterregen fiel, von einer ungewöhnlich schönen, wenn auch sehr heißen Witterung begünstigt, so daß an allen Tagen der Pfingstwoche im Städtchen und im Schützen-garten ein sehr starker Besuch war, besonders an denjenigen Tagen, wo dort Konzert stattfand. Auch am gestrigen Sonntage bewegte sich auf dem Platz vor dem Schützen-garten, sowie im Schützen-garten selbst ein sehr zahlreiches Publikum.

— In Czempin wird am 16. Juni d. J. ein mit der Orts-Postanstalt vereinigtes Telegraphenamt mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

r. Die Maschinenausstellung, welche mit dem Wollmarkte verknüpft zu sein pflegt, ist diesmal, im Vergleich gegen frühere Jahre, außerordentlich schwach besucht; es sind auf dem Kanonenplatz, wo diese Ausstellung (hinter dem Neuen Zirkus) stattfindet, nur wenige Maschinen aufgestellt; Lokomobile und große Dreschmaschinen, welche dort in früheren Jahren in Bewegung gesetzt wurden und stets ein zahlreiches Publikum anogen, sieht man diesmal gar nicht. Ausgestellt haben: Lesser in Schwerin, Rosenfeld in Schwerin und

Jakobi in Posen landwirtschaftliche Maschinen verschiedener Art, der Letztere u. A. auch mehrere Osborne'sche Getreide-Mähdrescher. Von anderen Gewerbetreibenden haben nur ausgestellt: Böttchermeister Sokolowski Böttcherwaren und Kaufmann Dr. lowski, beide aus Posen, Lederveraaren.

— Der Circus Menz erfreute sich während des gestrigen und vorgestrigen Tages eines überaus starken Besuchs. Sehr zahlreich waren die Wollmarktgäste vertreten, auch aus den kleineren Städten der Provinz war gestern ein zahlreiches Publikum mit der Bahn eingetroffen. In der Sonnabend- und Sonntagabend-Beschaffung war das Haus völlig ausverkauft, so daß ein Theil der Besucher keinen Platz mehr fand und stehen mußte. Weniger besucht war die gestrige Nachmittagsvorstellung.

— **Militärisches.** Die diesjährige große Artillerieschießübung bei Lemberg in Schlesien beginnt am 12. Juni. Den Neigen eröffnet an diesem Tage die erste Abtheilung des P. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 20 (Garnisonort Glogau). Vom 19. Juni bis 15. Juli schließt das Niederschl. Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 5 (Garnisonorte erste Abtheilung Posen, zweite Abtheilung Thorn und Graudenz); vom 21. Juni bis 13. Juli das vollständige P. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 20 (Garnisonorte erste Abtheilung Glogau, zweite Abtheilung Posen) und vom 20. Juli bis 7. August das Niederschl. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 5 (Garnisonorte erste und zweite Abtheilung Sprottau, Reiter-Abtheilung Saggen). Der Kommandant der Festung Glogau, General-Major v. Böhlitzki, hat einen sechswöchentlichen Urlaub angetreten. Die Kommandanturgeschäfte werden während dieser Zeit von dem Kommandeur des P. Infanterie-Regiments Nr. 58, Oberst v. Heyne versehen.

— **Polizeibericht.** Verlorene: 1 goldenes blau emailliertes Medaillon, 3 goldene und 2 silberne Trauringe, letztere mit dem Namen August Mensch versehen. 1 goldenes Medaillon blau emailliert mit einem Bergsteinkreis von weißen Perlen. 1 goldene Dameuhren-Gefunden: 1 Rock (Sommerüberzieher), 1 Ledertasche mit Geldinhalt und anderen Requisiten, 1 brauner Sonnenhut, 1 schwarzer Regenschirm. Aboanden gekommen: 1 englischer Jagdhund von gelber Farbe kurz gestutzt und ein wenig weißer Brust auf den Namen „Tyras“ hörend (Venetianerstraße 14). In der Nacht vom 3. zum 4. Juni sind aus einem Garten auf der Sawade einige Köpfe Salat gestohlen worden. Der Bestohlene wird aufgesondert, sich zu melden.

Aus dem Gerichtsaal.

Berlin, 9. Juni. [Prozeß wegen der Gründung der Bank für Sprit- und Produktionshandel (vorm. Wrede).] Die Nachmittags-Verhandlung in dem Gründungsprozeß gegen Abel und Genossen eröffnet Rechtsanwalt Holthoff mit seinem Blaiboy für den Angeklagten Abel. Der selbe sucht zunächst nachzuweisen, daß die Behauptungen des Prospetes tatsächlich richtig seien. Gekauft seien die Werke wirklich für 1¼ Millionen Thaler, daß sie so hoch bezahlt seien, behauptete der Prospet nicht: mit anderen Worten, der Kaufpreis betrage brutto 1,250,000 Thlr., netto dagegen nur 1,100,000 Thlr. Im Ueblichen bestreitet der Bertheidiger, daß eine Vermögensbeschädigung vorliege, er bezweifelt überhaupt, ob von einer solchen Beschädigung überhaupt die Rede sein könne, wenn jemand behufs der Spkulatio[n] Aktien erwirkt und später etwas daran verliert. Auch die Irrthumserregung müsse er bestreiten, wie er gleichzeitig den Ausführungen des Staatsanwalts bezüglich des unterdrückten resp. untergeschriebenen Prospektes nicht folgen könne. Aber er nehme die Unkenntlichkeit des Prospektes gar nicht für die Angeklagten in Anspruch, denn speziell sein Klient habe ja mit anerkannten Werther Offenheit gesagt, daß er noch heute den Prospekt für vollkommen richtig halte. Was den Zeugenbeweis betrifft, so halte er die zugesetzte Zeugenfrage, ob jemand heute das thun würde, was er vor 4 Jahren gethan hat, überhaupt sehr bedenklich, andererseits halte er die Zeugen Sultan, Ehrich, Friedheim für durchaus unglaublich; da dieselben tatsächlich eine Gesellschaft bildeten zur Einladung und Verfolgung von Gründern und Gründungen; es erinnere ihn das ein wenig an Vampire, Schlachthänen, Schlachtenbummler. Die übrigen Zeugen hätten etwas positiv Grauenvolles ebenfalls nicht hinterlegt und, wenn der Staatsanwalt die Armen so hat mitgenommen und mit den Gründungsverhältnissen unbekannte Provinziale vornehmlich bedauert, so müsse er ihm doch sagen: „Es gab kein Städtlein so klein, eine Gründung mußte darin sein.“ Das Gründen sei eben damals Modesache gewesen, wie jetzt die Gründerverfolgung Modesache zu sein scheine. Was den subjektiven Thatbestand betrifft, so müsse er mit aller Bestimmtheit behaupten, daß sein Klient nicht die Absicht zum Beträgen gehabt, sondern in gutem Glauben gehandelt habe. Kein Zeuge habe die Behauptung seines Klienten widerlegen können, daß er erst nach erfolgtem Zustandkommen des Unternehmens sich daran beteiligt habe, er habe den Prospekt nicht verfaßt, und daher tatsächlich nur gewußt, daß der Kaufpreis wirklich 1¼ Millionen Thaler betrage. Sein guter Glaube zeige sich auch in seiner eigenen gräßlichen Zeichnung zum Course von 105, durch die er eigentlich gleichzeitig Angeklagter und Zeuge werde. Auch die Nebenbefreiung des Sultanischen Briefes an die Staatsanwaltschaft sei für ihn ein gutes Zeugnis, denn Jeder, der diesen Brief gelesen, werde ihn für einen Expressionsbrief in optima forma halten. Er bitte nach diesen Erörterungen um Entschuldigung für alle Angeklagten und speziell für seinen Klienten, denn der Dolus in keinem Punkte nachgewiesen werden könnte. Er könne jedoch nicht schließen, ohne den guten Lehren des Staatsanwalts in seinem Maße zu erwidern. Wenn dieser nämlich das Unglück haben sollte, auf Grund so langer Thatsachen eine Verurtheilung zu erzielen, so würde er ihn aufrichtig bedauern, denn dann würde es ihm gehen wie dem Götheischen Zauberlehrling: „Die er rief, die Geister wird er nicht mehr los!“

Staatsanwalt Tessendorff: Der Herr Bertheidiger habe im Allgemeinen gesagt, das Obertribunal stehe ebenfalls unter der allgemeinen Strömung gegen die Gründer, das heige mit anderen Worten, das Recht werde an höchster Stelle gebeugt, die Gründer seien die Opfer der allgemeinen Stimmung. Man scheine demnach zwischen dem Betrug ein gros und en detail zu unterscheiden, und wenn der Bertheidiger fragt, warum denn nicht auch die kleinen Marktstreicher zur Verfolgung gezogen werden, so erwideret jedes Vergehen verfolgt. Warum hätten denn die Gründer die Altien nicht zu 112½ statt zu 105 aufgelegt? Mit dem Zeugen Sultan sympathisiere er ebenfalls nicht, aber er müsse doch bemerken, daß Sultan nicht denunziert habe, und daß ihm vollständig ebenbürtig zur Seite stehe der Zeuge Steinchen, der sich genrite, als Agent der Zentralbank für eine Vermittelung mit Sultan mehr als 500 Thlr. zu nehmen.

Rechtsanwalt Maßower, Bertheidiger des Angeklagten Wrede. Der vorliegende Fall erregt deshalb ein so tief greifendes Interesse, als der Zeit des Taumels in der Spekulation die Ernüchterung gefolgt ist und Jedermann nach dem Trotz sucht, daß er nicht durch eigenen Leichtfertig, sondern durch den Betrug Anderer um sein Geld gekommen. Glücklicherweise ist der Schaden bei uns lange nicht so tiefgreifend, wie in anderen Ländern; aber gerade in solcher Zeit ist die Gefahr doppelt groß, daß auch die Justiz von der allgemeinen Strömung nicht ganz unbeeinflußt bleibt und es ist doppelt gefährlich, mit Spitznamen wie „Gründer“ und „Gründerlohn“ um sich werfern. Er werde deshalb statt „Gründer“ stets „Begründer“, statt „Gründerlohn“ „Provision“ sagen. Der Bertheidiger beleuchtet demnächst die Vorverhandlungen der Gründer mit Wrede sen., der Zentralbank und den übrigen Konsortien. In diesen Vorverhandlungen fungierten die Angeklagten Wrede und Graevenstein nicht persönlich, sondern nur nominell Zentralbank. Bei dem definitiven Kaufabschluß waren drei Juristen zugegen, alles ging richtig zu, und die Bleistiftnotizen auf dem Kaufvertragsentwurf zeigen deutlich, daß Wrede sen. sich einen Kaufpreis von 110,000 Thaler ausbedungen hatte, außerdem aber der Zentralbank eine Provision von 150,000 Thlr. bewilligte. Dass nunmehr der Kauf-

preis sofort auf 125,000 Thlr. nominell stipuliert wurde, gehabt nur, um der zu bildenden Aktiengesellschaft den doppelten Kaufstempel von ca. 6–8000 Thlr. zu ersparen. Der "Gründerlohn" im Allgemeinen sei vollständig berechtigt, er sei die Prämie für das Kapital, welches sich an der Aktiengesellschaft beteiligt, und insbesondere für den Gedanken, der solche große Unternehmungen plant. Ohne dieses Zusammenvirken von Kapital und Gedanken wäre nie eine Eisenbahn geschaffen. Im vorliegenden Falle sei aber der Gründergewinn für die vielen Konföderationen und speziell für die großen Bemühungen der Zentralbank ein so geringer, daß er sich auf kaum fünf Prozent bezieht. Man könnte doch nicht verlangen, daß die Zentralbank alle ihre Arbeit den späteren Aktionären umsonst leistete. Vollständig irrt sei aber, daß die 5 p. Et. Agio, mit welcher die Aktien ausgelegt wurden, der Aktiengesellschaft zu Gute kommen müßten, denn die Manipulationen des Konsortiums, dessen Leiter auch Sultan sein könnte, gingen die Gründer gar nichts an. Der Kursrückgang der Aktien resultierte aus den allgemeinen ungünstigen Konjunkturen, nicht aus der angeblich unverhältnismäßig vertheuerter Gründung. Die unrichtigen Angaben des Prospekts anlangend, so lag den Gründern gar nichts an dessen Inhalt, für sie waren Subskriptions-Bedingungen die Hauptache und wenn wirklich Unrichtigkeiten im Prospekt enthalten waren, so hätten die Zeichner sich doch darnach erkundigen sollen. Das sei aber nicht geschehen. Es sieht auch nichts objektiv Wichtiges im Prospekt. Der effektive Kaufpreis für die Aktiengesellschaft war 125,000 Thlr. und mehr ist auch nicht gezahlt. Die Provision für den formellen Käufer wurde eben von dem Kaufpreise durch den Verkäufer gezahlt. Ein Dolus könne für die Käufer schon um deswillen nicht angenommen werden, weil ihnen drei Juristen diese Form des Geschäftsausschlusses vorschlugen. Glaube man denn wirklich, daß angegebene Bankfirmen Berlins sich zu einer Verbrecherbande zusammethun werden einer Bagatelle wegen, um welche sie sich sonst kaum umdrehen würden? Auch die Leichtfertigkeit der Abschaffung des Prospekts, der nicht einmal eine rechtsgültige Unterschrift trägt, spreche gegen den Dolus. Die Abschaffungsversuche mit Sultan und Genossen beweisen ebenso wenig, kein Mensch von geachteter Stellung lasse sich gern verklagen, und wie recht die Angeklagten hätten, jedes Präzedenz im Zivilwege zu vermeiden, gebe aus den Urteilen der Stadtgerichtsdeputationen hervor. Was endlich die Wertveränderung der Fabrikten durch die Gründung anlangt, so könne man doch nicht verlangen, daß die Angeklagten schon vor vier Jahren dieselbe Weisheit besäßen, welche das Obertribunal erst in neuester Zeit und der Staatsanwalt erst heute erlangte. Da mithin alle Kriterien des Betruges fehlen, beantrage er die Freisprechung aller Angeklagten.

Staatsanwalt Tessenendorf: Dem Vertheidiger scheine das Verständnis für die meisten seiner (des Staatsanwalts) Ausführungen abzugehen. Wrede sei, habe ausdrücklich erklärt, keine Provision zahlen zu wollen, der Kaufpreis sei mithin in dem Prospekt um 150,000 Thlr. zu hoch angegeben. Möglich, daß einer der drei Juristen, die bei dem Kaufabschluß gegenwärtig waren, diese Form des Kontraktabschlusses angerathen; wenn aber einer derjenigen die Abschaffung des Prospekts in der vorliegenden Form angerathen hätte, dann würden wir nicht vier, sondern fünf Angeklagte haben. Wollten die Angeklagten das Publikum nicht täuschen, so könnten sie in dem Prospekt den Gründerlohn ebenso angeben, wie in dem Schreiben an die Konföderationen; statt dessen haben sie aber den Gründerlohn ausdrücklich verschwiegen.

Rechtsanwalt Münnich, Vertheidiger des Angeklagten Gravenhorst, bittet zunächst, die vorliegende Sache, weil unfälligerweise in dieselbe das unglückliche Gründen mit hineinkommt, nicht besonders anzusehen. Die Provision von 150,000 Thlr. sei ganz rechtmäßig von den ersten Käufern genommen und Niemand werde ihnen verargen, wenn sie die Provision nicht Pedermann mittheilen. Die Ausbildung der Aktien an das Publikum sei aber ganz verschieden von dem Ankauf der Werke, sie konnten den Kurs der Aktien ganz nach ihrem Ermeinten limitieren. Es lag, gar nicht in den ersten Abmachungen mit Wrede son, daß die Aktiengesellschaft die Wredeschen Werke für 1,100,000 Thaler erwerben sollten und daß die Gründer aller Welt erzählen sollten, wie viel sie bei dem Geschäft verdienten, und zwar ohne alle Ansprüche dazu, das werde Niemand verlangen. Verleugnet würden sie den Gründerlohn bei etwaiger Anfrage nicht haben. Im ganzen Prospekt sei keine einzige unwahre Thatiache behauptet oder eine wahre unterdrückt. Möglich, daß bei manchen Zeichnern ein Irrthum obwaltet, und bei Herrn Sultan habe der Irrthum sogar einen Kurs bekommen, den er geschäftlich verwertet. Keinenfalls werde der Geschäftshof den Angeklagten die Absicht unterschieben, durch Verdunklung und Verschweigen von Thatsachen sich einen recht unbedeutenden Gewinn zu verschaffen. Der Kursrückgang der Aktien sei unzweifelhaft eine Vermögensbeschädigung der Aktionäre, aber das sei eine Folge der Konjunkturen, das Kaufobjekt sei heute noch so viel wert, wie damals. Er schließe sich im übrigen den Anträgen der anderen Herren Vertheidiger an.

Zivilrat Karsten, Vertheidiger des Angeklagten Schiff, bedauert, daß die zivilrechtlichen Ausführungen des Zivilrats Maßlower so wenig Verständnis bei dem Staatsanwalt gefunden haben. Die §§ 209–215 des Gesetzes vom 5. Juni 1870 machen es nun einmal nothwendig, daß sämtliche Aktiengesellschaften preter legens gebildet werden müssen. In Handelsrechtsfragen sei ihm die Autorität Matowers viel größer als die des Staatsanwalts, und wenn Matower hier erklärt, das Kaufgeschäft komme gar nicht anders abgeschlossen werden, wenn man dazu wegen der bei dem Kaufabschluß mitwirkenden Juristen und das Urtheil der 7. Deputation des Stadtgerichts, so müsse man doch mindestens sagen, die Frage sei noch unentschieden. Der Staatsanwalt sei ebenfalls ein Kind seiner Zeit, er stehe gleichfalls unter der Strömung der öffentlichen Meinung, und zu anderen Zeiten würde er schwerlich eine solche Anklage erhoben haben. In dieser Sache sei weder die lex noch die ratio auf seiner Seite. Sei aber der Kaufpreis richtig angegeben, so bleibe keine Unrichtigkeit im Prospekt mehr übrig. Auf die angebliche Vermögensbeschädigung wolle er unter diesen Umständen gar nicht weiter eingehen; er glaube, bei Einführung der Aktien an der Börse habe Jeder ziemlich genau gewußt, was bei der Gründung verdient werden sollte. Bei Schiff fehle aber um so mehr der Dolus, als ihm in dem Birkular der Kaufpreis ebenso hoch wie später im Prospekt angegeben wurde. Er erwartete deshalb mit Zuversicht ein freisprechendes Urteil.

Staatsanwalt Tessenendorf versichert, daß auf seine Entschließungen die öffentliche Meinung nicht influiere, denn sonst würden Dutzende von Gründerprozessen dagewesen sein. Der vorliegende Fall scheine ihm jedoch dazu angelan, daß so oft angesprochene Prinzip zum Ausdruck zu bringen.

Damit sind die Verhandlungen beendet. Das Urtheil wird am nächsten Mittwoch, 14., 1 Uhr, verkündet werden.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Werner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 10. Juni. Das hiesige Zuchtpolizeigericht hat heute den Generaldirektor Martin Neuerburg zu Kalk wegen Untreue zum Nachtheil der Bergwerksgesellschaft "Germania" zu Kalk in der Appellinstanz zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten und in die Kosten verurtheilt.

Weimar, 10. Juni. Die Frau Erbgroßherzogin ist von einem Prinzen entbunden worden.

Nom. 10. Juni. Correnti wird morgen von Paris hier erwartet. Die von ihm namens der Regierung mit dem Hause Rothschild abgeschlossene Konvention soll Montag dem Parlamente vorgelegt werden. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird das Parlament im September geschlossen werden und würden die Neuwahlen im Oktober stattfinden.

Southampton, 10. Juni. Der am 8. d. nach Brasilien abgegangene hamburgische Dampfer "Bahia" ist heute mit gebrochener Welle hier eingelaufen.

Moskau, 10. Juni. Die Verhandlungen des Prozesses gegen Dr. Straußberg und die Angeklagten von der hiesigen Kommerz-Weihbank wurden heute Nachmittag eröffnet. Die Prokureurshilfen Obninski und Simonoff hielten die Anklage aufrecht. In Folge des Ausbleibens mehrerer Zeugen wurde die Sitzung auf Antrag des Gerichts der Vertheidiger mehrerer Angeklagten vertagt. Die Vertheidigung Dr. Straußbergs erklärte sich gegen die Vertagung.

Washington, 10. Juni. Die Repräsentantenkammer genehmigte ein Gesetz, betreffend die Ausgabe von Silber im Betrage von 20 Millionen, sowie ein anderes Gesetz, nach welchem eventuell außerdem noch Silber in Höhe von 10 Millionen ausgegeben werden kann.

Angekommene Fremde

12. Juni.

Mylius' Hotel de Dresde. General v. Thiele mit Diener und Hauptmann v. Quandt mit Diener aus Berlin. Die Rittergutsbesitzer Lieut. Mollard aus Gora, Jouanne aus Malmine, Baarth nebst Familie aus Modze, Schneider und Blinsch aus Myslakow, Görner aus Stolencin, Landrath Graf v. Podostowski nebst Frau aus Wongrowitz, Graf v. Morawski aus Lubonia, Eglemer aus Biastki, Eckstein aus Wituchowo, Student aus Albrechtshof und Funk nebst Familie aus Paulsdorf. Die Kauf. Falkenstein, Moszner u. Sohn, Czernius, Salomonis, Görtel und Philippsohn aus Berlin, Schauer aus Pirmasens, Lust aus Flatow, Bottlarzif aus Breslau, Samuel aus Leipzig und Küchner aus Barmen. Ingenieur Kubinen aus Brüssel. Fabrikant Hautinger aus Berlin. Inspektor Schönwald aus Schwedt. Buchhändler Sporinga aus Wener. Wissenschaft Hoffmann aus Bentha. Die Rittmeister v. Schmidseck aus Hadersleben und v. Schmiedeck aus Königsberg. Lieutenant v. Riegelsheim aus Spandau.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Frau von Taczanowska a. Szyplowo, v. Chlapowska a. Bonikowo, Kolocinski a. Padniewo, Jurkiewicz a. Miloslaw, Frau v. Chlapowska a. Karczewo, Walter a. Lubonto, Nawrocki a. Polen, v. Pradzinski a. Laskowo, Szalkowski a. Smogolec, v. Zolotowski u. Dr. a. Bajaczkowa, Radkiewicz a. Strzempin.

Hotel zum schwarzen Adler. Die Rittergutsbesitzer v. Polczynski a. Bzkrzno, v. Brzeski a. Jabłkowo, die Gutsbes. Szulczencki a. Boguniewo, Majewski a. Bzylki, Koscielski aus Bielanow, Gebr. Hubert a. Kopaszycze, die Oberinspektoren Bielski a. Schrimm, Kluge a. Zalesie, Frau Reymond und Frau Kiel a. Konin, Kaufm. Leichtentrift a. Pleścien.

Schaffenberg's Hotel. Rittergutsbesitzer Biennel a. Wiedziewice, die Gutsbes. Schwanke u. Familie a. Jaraz-Mühle, Coelle und Familie a. Jankowa, die Rittergutsrächter Sarazin a. Sniecista, Treppmacher a. Wulka, Wintersbach a. Garby u. Mieble a. Potrzewino, die Fabrikanten Jancz u. Gebr. Gottfried a. Luckenwalde, die Fabrikbesitzer Sekler u. Gebr. Marggraf aus Schwiebus, Bremerei-Techniker Kahl a. Stenjewo, Bremerei-Berwalter Tiefmann aus Moppen b. Schwerin a. W. Administrator Timm a. Krochow, Direktor Wandelt a. Königsberg, Rentier Contentius a. Berlin, Commerzienreich Sekler und Geschäftsführer Ernst a. Schwiebus, Doktor Greulich und Frau aus Rawitsch, Redakteur Kornik aus Berlin, die Kaufleute Wiesner u. Michel a. Berlin, Wolff Adam a. Borek, Siegel und Frau u. Geschwister Siegel a. Schönen, Hentschel a. Sommerfeld, Gebr. Krem a. Budewitz, Wolfsohn a. Neustadt b. P. Cohn und Lenin a. Wollstein, Selle a. Schwiebus, Willischinsh, Spring u. Brüh a. Gneif, Löwenstein a. Kosten, Hein a. Rottenburg, Louis Meyer London u. Adolf Meyer London und Litthauer a. Legnitz, Knoll aus Dresden.

La chmann's Gasthof im eichernen Born. Kaufleute Daniel a. Rawicz, Bzig und Cohn a. Gnesen, Himmelweit a. Grätz, Frau Nellhaus a. Groß-Lessien, Ehrenstein a. Błocławek, Kantor Segall a. Miecziski, die Schuhmacher Przybyszewski und Marchlewski aus Kulm.

Grätz's Hotel zum Deutschen Hause (vorm. Krug). Die Fabrikbesitzer Kramm u. Sohn, Clemens und Clemens a. Schwiebus, Partikular Steinberger a. Goldberg, Geschäftsführer Bartisch a. Goldberg, Viehhändler Reinke a. Magdeburg, die Pferdebänder Birk a. Grätz, Markus u. Cohn a. Neutomischel, die Beamte Dahm a. Ostrowo, Schatz u. Eggerski a. Kołobrzeg.

Hotel de Berlin. Die Gutsbes. Schwaneke u. Familie a. Jaraz-Mühle, Coelle und Familie a. Jankowa, die Rittergutsrächter Sarazin a. Sniecista, Treppmacher a. Wulka, Wintersbach a. Garby u. Mieble a. Potrzewino, die Fabrikanten Jancz u. Gebr. Gottfried a. Luckenwalde, die Fabrikbesitzer Sekler u. Gebr. Marggraf aus Schwiebus, Bremerei-Techniker Kahl a. Stenjewo, Bremerei-Berwalter Tiefmann aus Moppen b. Schwerin a. W. Administrator Timm a. Krochow, Direktor Wandelt a. Königsberg, Rentier Contentius a. Berlin, Commerzienreich Sekler und Geschäftsführer Ernst a. Schwiebus, Doktor Greulich und Frau aus Rawitsch, Redakteur Kornik aus Berlin, die Kaufleute Wiesner u. Michel a. Berlin, Wolff Adam a. Borek, Siegel und Frau u. Geschwister Siegel a. Schönen, Hentschel a. Sommerfeld, Gebr. Krem a. Budewitz, Wolfsohn a. Neustadt b. P. Cohn und Lenin a. Wollstein, Selle a. Schwiebus, Willischinsh, Spring u. Brüh a. Gneif, Löwenstein a. Kosten, Hein a. Rottenburg, Louis Meyer London u. Adolf Meyer London und Litthauer a. Legnitz, Knoll aus Dresden.

Langner's Hotel Garni. Die Kaufleute E. Müller a. Constadt a. D., C. Korra a. Peterswaldau, S. Baraczevski a. Borek, S. Nachmann a. Sommerfeld, M. Prachkauer a. N. Stuhr a. Breslau, Mämel a. Neutomischel, Klamitter a. Gorleb, Apotheker M. Stephan a. Constadt a. D., Kendant L. Emmel, Ingenieur Mörder a. Berlin, Mäler B. Schnabel a. Kreuzburg, Driquist L. Edart a. Guben, Bremereibesitzer L. Weise a. Gneif, Cand. theol. F. Müller und Dr. theol. F. Müller a. Krakau, Rentier H. v. Bernin a. Berlin, v. Stawinski a. Warschau.

Wichtig für Fußleidende.

Hühneraugen, eingewachsene Nägel, Zahntwöh, Nebene u. beseitigt schnell und schmerzlos

A. Rossner,

Büttelstraße 8.

Auch sind daselbst Tincturen zu haben.

Zur Auffertigung von sämtlichen, für den Spiritusbrennerei-Betrieb erforderlichen Holzgefäßen, sowie zur Aufführung von Reparaturen empfiehlt sich die Fassottcherei

Isaac Elkeles,

Al. Gerberstr. 5.

Interims-Stadt-Theater
in Posen.

Montag den 12. Juni 1876:

(Mit neuen Couplets und Transparentbildern)

Zum 10. Male:

Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Gesangsparty in 3 Akten (7 Bildern) v. H. Salinger. Musik v. Lehnhardt.

Die Direction.

Posen-Creuzburger Eisenbahn.

Am 15. Juni c. tritt zu unserm Lokal tarif ein Nachtrag VI. mit Ermäßigungen für Getreidefendungen und Hülfenfrüchte, welche aus Kugland entstammen, nach der Nomenclatur des Haupttarifs im Bereich von Pleschen, Ostrom, Schildberg und Kempen nach Posen in Kraft.

Posen, den 10. Juni 1876.

Die Direction.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds - Course.

Frankfurt a. M. 10. Juni. Animirt. Spekulationspapiere und russische Werthe erheblich höher.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 95. Pariser Wechsel 81, 15. Wiener Wechsel 167, 60. Böhmisches Westbahn —. Elisabethbahn 119 1/2. Galizier 161 1/2. Franzosen* 221 1/4. Lombarden* 67 —. Nordwestbahn 104 1/4. Silberrente 57 1/4. Papierrente 54 1/4. Russ. Bodencredit 85 1/2. Russ. 1872 93 1/2. Amerikaner 1885 101 1/2. 1860er Loose 98%. 1864er Loose 254, 50. Kreditaktien* 115 —. Destr. Nationalbank 685, 00. Darmst. Bant 102 1/2. Berliner Bankverein 85 1/2. Frankfurter Wechslerbant 77 1/2. Destr. Bant 90%. Meiningen Bant 76 1/2. Hess. Ludwigsbahn 98%. Oberhessen 72 1/2. Ung. Staatsloose 140, 70. Ing. Schaganow 82 1/2. do. do. neue 79 —. do. Ostb.-Obl. II. 57 1/2. Centr.-Pacific 91 1/2. Reichsbank 152 1/2. Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 116%, Franzosen 223 1/4. Lombarden 67%. 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 10. Juni. Spekulationswerthe auf Deckungskäufe lebhaft, Bahnen und Renten besser. Devisen schwächer.

[Schlußkurse.] Papierrente 65, 30. Silberrente 68, 75. 1854er Loose 106, 25. Nationalbank 810, 00. Nordbahn 1817. Kreditaktien 135, 80. Franzosen 260, 75. Galizier 192, 50. Kasch.-Oderb. 87, 50. Bardubitzer —. Nordwestb. 125, 75. Nordwestb. Lit. B. —. London 121, 90. Hamburg 59, 30. Paris 48, 20. Frankfurt 59, 30. Amsterdam —. Böh. Westbahn —. Kreditloose 159, 75. 1860er Loose 108, 70. Lomb. Eisenb. 75, 50. 1864er Loose 128, 00. Unionbank 57, 25. Anglo-Austr. 66, 80. Napoleon 9, 67—. Dukaten 5, 77—. Silbercup. 103, 30. Elisabethbahn 142, 50. Ungar. Präml. 69, 00. D. Reichsbank 59, 65.

Türkische Loose 19, 50.

Nachbörse: Kreditaktien 134, 40. Franzosen 255, 00. Lombarden 78, 50. Nordwestbahn —. Napoleon 9, 67.

Paris, 11. Juni. Boulevard-Berkehr. Anleihe de 1872 105, 57 1/2. Türken de 1865 14, 17 1/2. Egypter 189, 00. Spanier exter. —. Banque ottomane —. Fest.

Paris, 10. Juni. Anfangs fest. Schluss ruhig.

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 68, 50—. Anleihe de 1872 105, 32 1/2. Italienische 5 p. Et. Rente 72, 05—. do. Tabaksaktionen —. do. Tabakobligationen —. Franzosen 560, 00. Lombard. Eisenbahn-Alb. 170, 00. do. Prioritäten 232, 00. Türken de 1865 13, 75—. do. de 1869 76, 00. Türkensloge 42, 25.

Credit mobilier 146. Spanier exter. 13 1/4. do. inter 12 1/2. Suezkanal-Alten 696. Banque ottomane 360. Société générale 520. Egypter 185. Credit foncier 660. Wechsel auf London 25

Produkten-Börse.

Berlin. 10. Juni. Wind: W. Barometer: 27,10. Thermometer: + 19° R. Witterung: bewölkt.
Weizen loko per 1000 Kilogr. 200—243 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 211—210 R., Juni-Juli do., Juli-August 213,50—212 R., August-Sept. —, Sept.-Oktbr. 215—213 R., Roggen loko per 1000 Kilogr. 166—184 nach Dual. gef., russ. u. polnisch 166—170 ab Bahn und Kahn R., per diesen Monat 168—166 R., Juni-Juli 163—163,50—161,50 R., Juli-August 161—161,50—160 R., Aug.-Sept. 161—160,50 R., Sept.-Oktbr. 163—163,50—162 R., Gerste loko per 1000 Kilogr. 156—189 nach Dual. gef., Hafer loko per 1000 Kilogr. 153—198 nach Dual. gef., ostl. u. westl. 180—186, russ. 173—186, schwed. 185—193, pomm. und mehl. 188—193 ab Bahn R., per diesen Monat —, Juni-Juli —, Juli-August 165 R., Sept.-Oktbr. 158—150 R., Erbsen per 1000 Kilo Kochware 193—225 nach Dual. Futterware 180—192 nach Dual. — Leinöl loko per 100 Kilo, ohne Fass — M., Rübel per 100 Kilo loko ohne Fass 65,3 R., mit Fass per diesen Monat 66,1—66 R., Juni-Juli 65,8—65,6 R., mit Fass per diesen Monat 66,1—66 R., Juli-August —, Sept.-Oktbr. 65,7—66—65,5 R., Okt.-Nov. 66,1—66 R., Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass loko 27,5 R., per diesen Monat —, Sept.-Oktbr. —, Okt.-Nov. 26,2 R., Spiritus per 100 Liter à 100 p.C. loko ohne Fass 51 R., ab Speicher 50,5 R., per diesen Monat —, loko mit Fass per diesen Monat 51—50,6—50,9 R., Juni-Juli do., Juli-August 51,7—51,1—51,3 R., August-Septbr. 52,3—51,5—51,8 R., Sept.-Oktbr. 51,8—51,2—51,4 R., Okt.-Nov. 50,8—50,6—50,7 R., Mehl. Weizenmehl Nr. 0 30,50—29,50, Nr. 0 u. 1 28—27 Rf. — Roggenmehl Nr. 0 26—24,50, Nr. 0 u. 1 24—22,50 per 100 Kilogr. Brutto infl. Sac, per diesen Monat 23,70 R., Juni-Juli 23,10—23 R., Juli-August 22,90—22,80 R., Aug.-Sept. do., Sept.-Oktbr. do. (B. u. H.-S.)

Berlin. 10. Juni 1876. Die Meldungen des "W. T. B." sowohl gestern Abend aus Petersburg als auch heute morgen aus London lauteten außerordentlich friedlich. Mit Rücksicht hierauf erschien auch dem biegsigen Plate die gesammte Lage plötzlich durchaus günstig und die Notirungen von außerhalb, welche recht fest einließen, waren rasch überholt. In gewisser Weise erfreten die gestern an dieser Stelle mitgetheilte Ansicht, nach welcher man über Paris der internationalen Kontrolle Schwierigkeiten zu bereiten suchte, gerechtfertigt. Mit großer Hast schritt die Basse-Partei zu Deklinationen, in Folge deren sich Franzosen rasch um 7 M., Lombarden und Kreditaktien um je 5 M. hoben. Doch erschien damit die Haufe-Strömung durchaus noch

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin. den 10. Juni 1876.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Konsol. Anleihe 4/5 104,75 R.

Staats-Anleihe 4 99,60 R.

Staats-Schuld. 3/5 94,40 R.

Kur. u. Ann. Sch. 3/5 92 R.

Do. Reichs-Obl. 4/5 101,10 R.

Berl. Stadt-Obl. 4/5 102,90 R.

do. do. 3/5 93,50 R.

Görl. Stadt-Anl. 4/5 101,75 R.

Weinprov. do. 4/5 102,25 R.

Schles. d. B. Kfm. 5 100,60 R.

Pfandbriefe:

Berliner 4/5 102,20 R.

do. 5 106,60 R.

Landsch. Central 4 96,00 R.

Kur. u. Neumärk. 3/5 86,00 R.

do. neue 3/5 85,20 R.

do. 4 95,70 R.

do. neue 4/5 103,25 R.

n. Brandg. Gred. 4/5 85,90 R.

Ostpreußische 3/5 96,00 R.

do. 4/5 102,60 R.

Pommersche 3/5 84,80 R.

do. 4 96,00 R.

Posensche, neue 4 94,90 R.

Sächsische 4 96,00 R.

Schlesische 3/5 97,10 R.

Wein u. Westfäl. 4 98,30 R.

Sächsische 4 98,70 R.

Schlesische 4 97,25 R.

Souvereigns-

Napoleond'or do. 500 Gr.

Dollars

Imperials do. 500 Gr.

Fremde Banknot.

ds. einschl. Leipz.

Französl. Banknot.

Deffter. Banknot.

do. Silbergulden

do. 1/2 Stücke

Russ. Noten

266,60 R.

Deutsche Fonds.

P. A. n. 55 a 100th. 3/5 121,00 R.

Hess. Prich. a 40th. 244,50 R.

Bad. Pr. a. v. 67 4 118,75 R.

do. 35fl. Obligation. 133,50 R.

Bair. Präm.-Anl. 4 121,60 R.

Brschw. 20thl. 2 82,50 R.

Brem. v. 1874 4/5 101,00 R.

Cöln. Md. Pr. a. 130,50 R.

Deff. St. Pr. Anl. 3/5 116,50 R.

Goth. Pr. Pfdr. 5 108,75 R.

do. 107,90 R.

do. 1866 3 171,75 R.

Üblicher Pr. Anl. 3/5 170,75 R.

Heilb. Eisenbahn 3/5 89,90 R.

Meininger Loope 3/5 20,20 R.

do. Pr. Pfdr. 4 102,10 R.

Olberburg. Loope 3/5 134,60 R.

D. G. & P. Pf. 110 5 101,50 R.

do. do. 4/5 96,20 R.

Dtsch. Hypoth. unk. 5 101,00 R.

do. do. 4/5 95,75 R.

Mein. Hyp. Pf. 5 100,00 R.

Ard. Ord. H. 5 100,75 R.

do. Hyp. Pfdr. 5 101,50 R.

Pomm. H. B. 120 5 105,25 R.

do. II. IV. r. 110 5 101,90 R.

Breslauer Disc. Bl. 4 62,40 R.